LANDESPOLITISCHES PROGRAMM

DER ÖKOLOGISCH-DEMOKRATISCHEN PARTEI (ÖDP) IN SACHSEN-ANHALT

INHALTSVERZEICHNIS

Inhaltsverzeichnis 1

Klimakatastrophe abwenden! 5
- Kohleausstieg! Jetzt! 5
- Ökostrompflicht für die öffentliche Hand 5

Natur schützen! 6
- Ökologische Landwirtschaft fördern 6
- Flächenverbrauch einfrieren 6
- Aufforstung und Schutz der Wälder 6
- Den Wolf schützen 7
- Langlebige Produkte statt Müllberge 7

Demokratie leben! 8
- Wahlrecht ab 16 und Familienwahlrecht 8
- Lobbyismus aufdecken 8

Rechtsstaat durchsetzen! 9
- BürgerInnennahe Justiz als Rückgrat des Rechtsstaats 9
- PolizistInnen entlasten 9
- Auch Polizeigewalt ist Gewalt 9
- Migration auf gesetzlicher Grundlage 10
- Einhaltung von Umweltrecht 10

Die beste Bildung für Sachsen-Anhalt! 11
- Gut vorbereitet in die Schule starten 11
- Länger gemeinsam lernen 11
- Lebenspraktische Inhalte in die Lehrpläne aufnehmen 12
- Gehaltsunterschiede reduzieren 12
- Deutschlandweites Zentralabitur 12

Gerne wohnen und arbeiten in Sachsen-Anhalt! 13
- Kommunen finanziell handlungsfähig machen 13
- Wahlheimat ländlicher Raum 13
- Heute ökologisch bauen, morgen gesund leben 13
- Wohnen ist ein Menschenrecht 13

Mobilitätswende anführen! 14
- Mobilitätsplanung ist Raumplanung 14

Fahrscheinlos durch das Land 14
Rückbau des Schienennetzes stoppen 15
Gesund leben in Sachsen-Anhalt! 16
Mehr Unterstützung bei Pflege und Erziehung 16
Sport fördern 16
Breitbandausbau und 5G 16
Gesundheitskompetenz ist Umweltschutz 16
Inklusion als Selbstverständlichkeit 17
Regionale Wirtschaft ohne Wachstumszwang! 18
Ressourcen sind endlich. Wachstum auch! 18
Heimarbeit schont Ressourcen 18
Wirksamste Oppositionspartei! 19

KLIMAKATASTROPHE ABWENDEN!

Die rapide Veränderung des Weltklimas ist die größte globale Bedrohung der Gegenwart. Wir müssen die Dinge beim Namen nennen und von einer Klimakatastrophe sprechen. An deren dramatischen Verlauf tragen die BürgerInnen der Industrienationen, also auch wir in Sachsen-Anhalt, die Hauptverantwortung. Geradezu grotesk ist es, im Angesicht erster Auswirkungen, wie dem Dürresommer 2018, weiter über das Vertretbare hinaus Treibhausgase auszustoßen.

Die ÖDP fordert daher, den Schutz unseres Klimas an oberste Stelle zu setzen. Sachsen-Anhalt muss zur Modellregion für Klimaschutz werden und der Weltgemeinschaft demonstrieren, wie der Ausstieg aus fossilen Energieträgern und der Umbau zu einer klimaneutralen Gesellschaft gelingen können. Aus diesem Grund fordert die ÖDP folgende Maßnahmen:

Kohleausstieg! Jetzt!

Das massenhafte Verbrennen fossiler Energieträger, allen voran Braunkohle, ist unverantwortlich gegenüber künftigen Generationen und muss schnellstmöglich eingestellt werden.

Die ÖDP fordert daher das schnellstmögliche Abschalten aller Kohlekraftwerke und die Einstellung des Kohleabbaus. Verursachte Umweltschäden sowie die ökologisch hochwertige Renaturierung der Tagebaue sind finanziell vollständig durch die Kraftwerksbetreiber-rInnen zu tragen. Auch andere Kraftwerke, die fossile Energieträger verbrennen, müssen vom Netz gehen. Gaskraftwerke behalten wegen ihrer Spitzenlasteignung eine strategische Relevanz, müssen jedoch mit power-to-gas-Brennstoff betrieben werden.

Der dadurch verursachte Strukturwandel muss durch das Land Sachsen-Anhalt mit Fördergeldern unterstützt und so die bestehende Innovationskraft gestärkt werden.

Unbedingt zu vermeiden sind staatlich vorgegebene Gewerbeentwicklungen. Was die ehemaligen Kohleregionen brauchen, sind langfristig tragende Wirtschaftsstrukturen, deren Ausgestaltung in wesentlichen Teilen der ökologisch-ökonomischen Kreativität der BürgerInnen anvertraut werden sollte.

Ökostrompflicht für die öffentliche Hand

Alle Gebäude und Einrichtungen der öffentlichen Hand sind umgehend auf Ökostrom- und Ökogasverträge umzustellen. Gleiches gilt für Ampeln, Straßenbeleuchtungen und vergleichbare Anlagen.

NATUR SCHÜTZEN!

Ökologische Landwirtschaft fördern

Die Landwirtschaft trägt eine Hauptverantwortung für die ökologische Qualität Sachsen-Anhalts. Monokulturen und Massentierhaltung verarmen die Artenvielfalt, reduzieren die Bodenfruchtbarkeit und begünstigen die Entstehung multiresistenter Keime. Die Alternative dazu sind Blühstreifen, ausgedehnte Gewässerschutzstreifen, der Verzicht auf Umweltgifte und die drastische Reduzierung des Antibiotikaeinsatzes in der Tierhaltung.

Die Zulassung gentechnisch veränderter landwirtschaftlicher Produkte in Sachsen-Anhalt ist unbedingt zu verhindern.

Betriebe, die ökologischen Landbau betreiben und Tiere im Freiland halten, sind bevorzugt zu fördern. Gleiches gilt für konventionelle Betriebe, die bereit sind, ihre Erzeugung auf ökologische Landwirtschaft umzustellen.

Flächenverbrauch einfrieren

Durch Bauwerke, Verkehrsanlagen und Sondernutzungsflächen werden Flächen versiegelt. Dadurch wird der Wasserhaushalt gestört und Naturraum geht verloren. Bisherige politische Zielvorgaben haben keine hinreichende Wirkung entfaltet.

Daher fordert die ÖDP, Sachsen-Anhalts Flächenverbrauch einzufrieren.

Zukünftig dürfen Flächen nur versiegelt werden, wenn an anderer Stelle Flächen der gleichen Größe renaturiert werden. BauherrInnen müssen Nachweise vorlegen, wo im Gegenzug zu ihrer Baumaßnahme Erdoberfläche entsiegelt wird.

Auf diese Weise wird sich ein Markt entwickeln, der dem Flächenverbrauch einen Preis gibt und zugleich finanzielle Mittel für die Renaturierung unnötig versiegelter Flächen generiert.

Aufforstung und Schutz der Wälder

Sachsen-Anhalts Wälder sind in einem sehr schlechten Zustand. Die ÖDP fordert daher eine am Ökosystem orientierte Forstwirtschaft, die den Aufbau widerstandsfähiger Wälder mit hoher Biodiversität fokussiert. Grundsätzlich muss aufgeforstet werden, um Treibhausgase aus der Atmosphäre zu binden.

Darüber hinaus muss es selbstverständlich sein, dass in Natur- und Landschaftsschutzgebieten keine chemischen Pflanzenschutzmittel sowie Tagebau- oder Straßenneubauprojekte zulässig sind.

Die unter Naturschutz stehenden Flächen sind auszuweiten und von hauptamtlichen Angestellten zu betreuen. Die Angebote von Umweltbildung in der Natur sind auszubauen und öffentlich zu fördern.

Den Wolf schützen

Sachsen-Anhalt gehört zum natürlichen Verbreitungsgebiet des Wolfes. Seine Wiederansiedlung ist großartig und ein Gewinn für die hiesigen Ökosysteme. Trotz der positiven Bestandsentwicklung ist der strenge Schutz aufrechtzuerhalten. Von gängigen Praktiken des Schutzes bedrohter Arten darf nicht abgewichen werden, nur weil Wölfe landwirtschaftliche Schäden verursachen.

Wir müssen erneut lernen, mit dem Wolf zusammen zu leben. Das bedarf der Aufklärung über dessen Lebensweise sowie das Aufarbeiten von Vorurteilen.

Andererseits sind Tierhalter darin zu unterstützen, präventive Maßnahmen (Weidezäune, Hütehunde, o.Ä.) zu ergreifen. Hierfür müssen öffentliche Mittel bereitgestellt werden.

Langlebige Produkte statt Müllberge

Einwegprodukte und Billigartikel mit einer kurzen Lebensdauer verursachen eine Verschwendung von wertvollen Materialien und Ressourcen. Der Umstand, dass ein Produkt recycelbar ist, darf nicht bedeuten, dass dieses nicht für eine lange Nutzungsdauer ausgelegt sein muss.

Die ÖDP hat daher den Kampf gegen „konstruierten Schrott“ ausgerufen und fordert die Verlängerung der gesetzlichen Produktgewährleistung auf mindestens fünf Jahre.

Außerdem wird Sachsen-Anhalt entschlossen gegen Müll in der Landschaft und in Gewässern vorgehen.

Ein Verbot von Plastiktüten und Mikroplastik, konsequente Ahndung illegaler Müllablagerungen sowie Müllbereinigungsprogramme sind nur einige Maßnahmen eines ambitionierten Programms, das auch den Wert des Abfalls als Rohstoff für Neues achtet. Im Zuge dessen muss das Kreislaufwirtschaftsgesetz Anwendung finden.

Insbesondere ist Wert auf eine regionale Abfallverwertung zu legen. Der Transport von Abfällen über lange Distanzen entbehrt logischer Rechtfertigung und verursacht vermeidbare Emissionen.

DEMOKRATIE LEBEN!

Wahlrecht ab 16 und Familienwahlrecht

Bewegungen wie „Fridays for Future“ haben gezeigt, dass sich viele junge Menschen intensiv mit politischen Fragestellungen auseinandersetzen.

Die vermeintlich unzureichende emotionale Reife junger Menschen darf kein Ausschlusskriterium sein, da diese bei Volljährigen ebenfalls nicht als Kriterium für die Wahlberechtigung herangezogen wird.

Die ÖDP fordert daher für Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt ein Wahlrecht ab 16.

Die Interessen von Familien, Alleinerziehenden und Kindern finden in der Politik zu wenig Berücksichtigung, besonders deutlich wurde dieser Umstand in den vergangenen 18 Monaten. Die ÖDP Sachsen-Anhalt fordert daher ein Familien-Wahlrecht, also ein Wahlrecht, in dem Eltern für jedes ihrer Kinder unter 16 Jahre stellvertretend wahlberechtigt sind.

Lobbyismus aufdecken

Die ÖDP ist die einzige Partei in Deutschland, die grundsätzlich keine Spenden von Unternehmen annimmt. Das ermöglicht es uns, unbeeinflusst und unabhängig Politik für Menschen, Tiere und Umwelt zu machen.

Dennoch spielen Interessenvertretungen eine wichtige Rolle für die parlamentarische Arbeit. Die Einflussnahme muss jedoch klaren Regeln unterworfen werden.

Daher fordert die ÖDP für alle Volksvertretungen in Sachsen-Anhalt eine Offenlegungspflicht aller Nebeneinkünfte der ParlamentarierInnen und deren Treffen mit Interessenvertretungen. Außerdem sollen gewählte Abgeordnete keine Spenden annehmen dürfen.

RECHTSSTAAT DURCHSETZEN!

BürgerInnennahe Justiz als Rückgrat des Rechtsstaats

Die Judikative ist eine unverzichtbare Säule der Gewaltentrennung eines Rechtsstaates.

Die Deutsche Umwelthilfe zeigt regelmäßig auf, wie wirksam Verbraucherschutz- und Umweltschutzgesetzgebungen sind, wenn deren Einhaltung juristisch durchgesetzt wird.

Die kritischen Reaktionen auf dieses Engagement zeigen jedoch, dass es unpopulär sein kann, geltendes Recht vor Gericht durchzusetzen. Es ist zudem ein vernichtendes Zeugnis für einen Rechtsstaat, wenn BürgerInnen vor der Durchsetzung ihrer Rechte zurückschrecken, weil sie den Eindruck haben, dass allein die Qualität der Rechtsanwälte für die Rechtsprechung ausschlaggebend ist und sich Verfahren über Jahre hinziehen.

Die ÖDP möchte mit personell gut ausgestatteten Gerichten und Staatsanwaltschaften sowie Beratungs- und Aufklärungsangeboten das Vertrauen in die Judikative und damit in den Rechtsstaat zurückgewinnen.

Es darf keiner Rechtfertigung bedürfen, vor Gericht seine Rechte einzuklagen.

PolizistInnen entlasten

Die ÖDP fordert eine erhöhte Personalausstattung der Sicherheitskräfte sowie die Besetzung örtlicher Polizeidienststellen rund um die Uhr. Polizeipräsenz an Kriminalitätsschwerpunkten und sicherheitsrelevanten Plätzen ist automatischer Überwachung vorzuziehen.

Dem schwindenden Ansehen von Polizei, Feuerwehr und Rettungskräften und der Respektlosigkeit gegenüber Einsatzkräften muss entgegengewirkt werden. Wer Einsatzkräfte in ihrer Arbeit behindert, muss wirksam bestraft werden. Eine sichere Gesellschaft ist die Grundlage für eine soziale Gesellschaft.

Zugleich schlägt die ÖDP vor, Teile polizeilicher Aufgabenfelder zukünftig dem Ordnungsamt zuzuordnen und auch dieses entsprechend personell zu befähigen. Das Aufnehmen harmloser Verkehrsunfälle sollte keine Kapazitäten binden, die zur Strafverfolgung benötigt werden.

Auch Polizeigewalt ist Gewalt

Zugleich fordert die ÖDP entschieden eine personell von der Polizei getrennte Ermittlungsbehörde zur Verfolgung von Straftaten durch PolizistInnen. Denn Polizeigewalt ist Realität.

Die Exekutive muss sich mit der gleichen juristischen Härte am Gesetz messen lassen wie die Zivilbevölkerung. Dass Strafverfolgungen im Sande verlaufen, weil PolizistInnen aus falscher Loyalität ihre Kollegen schützen, ist ein gefährliches Spiel mit dem Vertrauen der BürgerInnen.

Migration auf gesetzlicher Grundlage

Für die ÖDP steht der Mensch im Vordergrund! Das Grundrecht auf Asyl darf daher nicht zur Diskussion stehen.

Die ÖDP setzt sich dafür ein, dass die gesetzlichen Vorgaben zu Aufenthaltsgenehmigungen, Einbürgerungen und Rückführungen unbedingt einzuhalten sind. Wir schlagen angemessene Fristen vor, innerhalb derer über Anträge und Einsprüche entschieden werden muss. Das bedingt die personelle Befähigung der zuständigen Behörden. Zugewanderte sollen dezentral untergebracht werden und möglichst schnell eine Arbeitsberechtigung erhalten. Daraus darf sich kein automatischer Anspruch auf eine Aufenthaltstitelverlängerung ergeben.

Zugewanderte StraftäterInnen haben sich in gleicher Weise vor dem Gesetz zu verantworten wie StaatsbürgerInnen.

Einhaltung von Umweltrecht

Die Einhaltung von Umweltrecht zum Schutz von Luft, Wald, Kulturlandschaft, Boden, Wasser und Gewässern ist verstärkt zu kontrollieren.

Polizeiliche Ermittlungsbefugnisse sind dahingehend auszubauen.

Die beste Bildung für Sachsen-Anhalt!

Gut vorbereitet in die Schule starten

Die ÖDP schlägt eine flexible Vorschulphase vor, mit dem Ziel, die körperlichen, kognitiven, sozialen, emotionalen und sprachlichen Voraussetzungen des Unterrichts vor der Einschulung sicherzustellen.

Außerdem sollen Bildungschancen von Kindern mit Migrationshintergrund und aus sozial benachteiligten Elternhäusern verbessert werden. Eine verpflichtende Vorschule soll nach individuellem Bedarf und ohne unangemessenen Leistungsdruck in ein bis drei Jahren die Schultauglichkeit der Kinder mit zum Teil unterrichtsnahen Lernformen entwickeln.

Diese ist durch einen geeigneten Test zu belegen, der die Schulfähigkeit ganzheitlich feststellt. Entsprechende Bildungsangebote können von Kindergärten und Grundschule angeboten werden.

Länger gemeinsam lernen

Die ÖDP unterstützt das Vorhaben, SchülerInnen von der ersten bis zur zehnten Klasse in einer Gemeinschaftsschule zu unterrichten.

Der ergänzende Schultyp kann mehrere Vorteile vereinen. Fortgeschrittene SchülerInnen können Erfahrungen an jüngere MitschülerInnen weitergeben und zum Beispiel Lernhilfe anbieten. Voraussetzung ist eine qualifizierte und personell sichergestellte sozialpädagogische Betreuung.

Außerdem entfällt die zweifelhafte Selektion nach eindimensionalen Leistungskriterien der Kinder nach der vierten Klasse. Das gemeinsame Lernen fördert die Sozialkompetenz und schließt eine wirksame Begabtenförderung nicht aus. Letztlich erleichtert ein Schulbetrieb mit zehn Jahrgängen ein dezentrales Schulangebot insbesondere in ländlichen Regionen. Dadurch verkürzen sich die Schulwege der Kinder, Elterntaxis werden überflüssig und die jungen MitbürgerInnen lernen, ihre Mobilität eigenverantwortlich auszuleben.

Gemeinsam lernen bedeutet aber auch, SchülerInnen mit besonderem Förderbedarf mit RegelschülerInnen zusammen zu unterrichten. Gelebte Inklusion bedeutet, allen die bestmöglichen Bildungschancen zu bieten. Es bedeutet aber auch, dass das Unterrichtskonzept auf diese neue Situation angepasst werden muss.

Bei längerem gemeinsamem Lernen dürfen die Ansprüche und Bedürfnisse begabter SchülerInnen nicht vernachlässigt werden. Neben der Unterstützung leistungsschwächerer SchülerInnen sollte das Fördern und Fordern leistungsstarker SchülerInnen gleichrangig sein.

Kleinere Klassen und eine Doppelbesetzung des Lehrpersonals sind Grundvoraussetzungen. Wer bestmögliche Bildungschancen für alle anbieten will, muss zudem Förderschulen für jene SchülerInnen weiterführen, die auf das optimierte Lernumfeld angewiesen

sind. Insbesondere unter Berücksichtigung des gravierenden Personalmangels im Bildungsbereich ist die Schließung von Förderschulen vorerst abzulehnen.

Lebenspraktische Inhalte in die Lehrpläne aufnehmen

Die derzeitigen Lehrpläne aller Jahrgänge vermitteln viel theoretisches Wissen. Die Vermittlung lebenspraktischer Befähigungen steht demgegenüber oft nur bei besonderen Schulprofilen oder bei ausgewählten freien Schulen verstärkt auf dem Lehrplan. Kinder benötigen in der heutigen Zeit weniger Nachschlage-Wissen als vielmehr die Befähigung zum selbständigen praktischen und theoretischen Arbeiten und Denken.

Gehaltsunterschiede reduzieren

Die Ausbildung der frühen kindlichen Sozialkompetenz durch ErzieherInnen ist der fachlichen Ausbildung durch LehrerInnen ebenbürtig und verdient eine bessere Entlohnung. Auch der große Gehaltsunterschied zwischen angestelltem und verbeamtetem Lehrpersonal ist nicht länger tragbar.

Schulen in freier Trägerschaft sind staatlichen und städtischen Schulen in aller Regel ebenbürtig, oft durch innovative Ansätze überlegen. Sachsen-Anhalt muss ihre Existenz nachhaltig absichern. Ihre pädagogischen Ansätze und Erfahrungen sollten dazu beitragen, dem Bildungssystem wichtige Impulse zu geben.

Deutschlandweites Zentralabitur

Schulabschlüsse müssen deutschlandweit das gleiche hohe Niveau haben. Sachsen-Anhalt muss sich im Bundesrat und in der Kultusministerkonferenz für ein bundesweites Zentralabitur einsetzen.

Die Ausgestaltung der Bildungssysteme bleibt Länderkompetenz.

Gerne wohnen und arbeiten in Sachsen-Anhalt!

Kommunen finanziell handlungsfähig machen

Zur Verbesserung der Teilhabe an der wohnortnahen Entwicklung fordert die ÖDP kommunale Bürgerhaushalte. Aus Landesmitteln sollen 25 € je BürgerIn und Jahr zur Verfügung gestellt werden, über die die EinwohnerInnen direktdemokratisch verfügen können.

Die finanzielle Handlungsfähigkeit der Kommunen zur Beplanung ihres Gemeindegebiets muss sichergestellt sein, da sich anderenfalls der Status der strukturschwachen Region manifestiert. Mit Strukturhilfen der EU (EFRE und ELER – Zweite Säule) müssen Initiativen unterstützt werden, die Räume für Begegnungen, lokales Vereinsleben, politisches Engagement, Kulturveranstaltungen und Feste anbieten.

Ebenfalls Unterstützung erfahren sollen Privatpersonen, die gemeinsam auf Brachflächen ökologisch gärtnern (urban gardening). In Anknüpfung an diese „geteilten Räume“ soll das Anbieten von Leihgegenständen und -fahrzeugen erleichtert werden.

Wahlheimat ländlicher Raum

Das Land ist ein hochwertiger und identitätsstiftender Lebensraum.

Sachsen-Anhalt muss die Qualität des ländlichen Wohnens durch Dezentralisierung von Kinderbetreuung, Bildungseinrichtungen, medizinischen und kulturellen Angeboten, Einkaufsmöglichkeiten, Arbeitsstätten, Verwaltungen, Post- und Bankfilialen sowie einen in Taktung und Vernetzung leistungsstarken öffentlichen Verkehr sicherstellen.

Kulturelle Einrichtungen in ländlichen Räumen müssen erhalten oder wiedereröffnet werden.

Heute ökologisch bauen, morgen gesund leben

Das Bauwesen verursacht in großem Maße Emissionen und Umweltbeeinträchtigungen. Insbesondere Neubauprojekte beanspruchen große Mengen kostbarer Ressourcen und setzen in ihrer Wertschöpfungskette unverantwortliche Mengen an Treibhausgasen frei. Zugleich gibt es für zahlreiche leerstehende Gebäude keine InteressentInnen.

Die ÖDP fordert, den Fokus auf den Umbau statt auf den Neubau zu legen.

Förderprogramme müssen die Entwicklung von Bestandsgebäuden für BauherrInnen attraktiv machen. Ist ein Neubau unausweichlich, sollen ökologische Konstruktionen gefördert werden. Dazu zählen insbesondere solche, die wesentlich mit Naturbaustoffen und nachwachsenden Rohstoffen arbeiten und einen geringen Energie- und Rohstoffbedarf während der Nutzungsphase erwarten lassen.

Wohnen ist ein Menschenrecht

Wohnen ist ein grundsätzliches Bedürfnis des Menschen. Die Sicherstellung geeigneten Wohnraums zu angemessenen Preisen ist daher im öffentlichen Interesse.

MOBILITÄTSWENDE ANFÜHREN!

Die ÖDP legt großen Wert darauf, von einer Mobilitätswende zu sprechen, wenn die Weichen für die Verkehrsströme der Zukunft gestellt werden. Mobilität ist die Qualität des Erreichens von Zielen und wird wesentlich durch die Faktoren Nähe, Barrierefreiheit und Reisegeschwindigkeit bestimmt. Hingegen ist Verkehr schlicht das Werkzeug, mit dem wir unseren Mobilitätsbedürfnissen nachkommen.

Es ist daher kein Widerspruch, weniger Verkehr zu fordern, wenn die Mobilität der BürgerInnen verbessert werden soll. Die ÖDP erarbeitete zu diesem Thema ein Mobilitätskonzept für Sachsen, das eine Priorisierung der Verkehrsträger nach deren ökologischer Neutralität vorsieht, und welches auch für Sachsen-Anhalt umgesetzt werden soll. Demnach wird der Verkehrsvermeidung das höchste Augenmerk geschenkt, gefolgt vom Umweltverbund aus Fuß-, Rad- und öffentlichem Verkehr. Erst danach werden der motorisierte Individualverkehr und der Flugverkehr genannt. Hier seien nur die Kernforderungen wiedergegeben:

Mobilitätsplanung ist Raumplanung

Die Notwendigkeit des Verkehrs begründet sich mit dem Erreichen von Zielen. Die auf das Prinzip der zentralen Orte ausgelegte Raumplanung der vergangenen Jahrzehnte hat wesentliche Anlaufstellen des Alltags wie Einkaufsmöglichkeiten, Ärzte und Schulen zentralisiert und die Hauptnutzungsfunktionen Arbeiten und Wohnen räumlich getrennt.

Im Resultat sterben Dörfer aus und Wegbeziehungen werden verlängert. Der Verkehr nimmt zu, die Mobilität dagegen ab. Der wirksamste Ansatzpunkt für eine ökologische Mobilitätswende ist daher eine dezentralisierende Raumplanung, die Funktionen wie Wohnen, Arbeiten, Ausbildung, Einkaufen, Kunst und Kultur, Sport, Freizeitgestaltung, medizinische Versorgung, Gastronomie, Religionsausübung, Verwaltung und anderes näher zusammenbringt. Auf diese Weise verkürzen sich Wege, verringert sich das Verkehrsaufkommen und die BürgerInnen erhalten zusätzlich Freiheit in der Wahl der Verkehrsmittel.

Fahrscheinlos durch das Land

Der öffentliche Nah- und Regionalverkehr sollte für die breite Bevölkerung Hauptverkehrsmittel auf mittleren und langen Strecken sein. Dazu gehört insbesondere ein durch Streckenreaktivierungen verdichtetes sowie sinnvoll und eng vertaktetes Netz, besonders auf dem Land.

Weiterhin fordert die ÖDP ein solidarisch finanziertes, obligatorisches Sachsen-Anhalt-Abo für den Nah- und Regionalverkehr, das BürgerInnen von Sachsen-Anhalt das fahrscheinlose Nutzen öffentlicher Verkehrsmittel ermöglicht. Ein solidarisch finanzierter öffentlicher Personenverkehr muss für alle BürgerInnen zugänglich sein. Daher muss in Verbindung mit dessen Einführung ein Rechtsanspruch auf fußläufig erreichbaren Nahverkehr am Wohnort hergestellt werden.

Rückbau des Schienennetzes stoppen

Seit der Wende wurden zu viele Schienenkilometer stillgelegt! Das Angebot würde sich angeblich nicht rechnen, so die Ökonomen. Das ist falsch!

Diese Argumentation ist eine rein betriebswirtschaftliche. Sie sagt lediglich aus, dass keine exorbitanten Profite in Aussicht stehen. Die Folgen spüren wir heute in Form eines ausufernden LKW-Verkehrs, der unter anderem Emissionen und Staus verursacht. Unter Einbeziehung all dieser Kosten ist der Schienenverkehr volkswirtschaftlich der Straße überlegen.

Aus diesem Grund fordert die ÖDP einen sofortigen Stopp des Schienennetzrückbaus. Ökologischer und kostengünstiger als der Neubau von Straßen ist es, ehemals stillgelegte Strecken wieder in Betrieb zu nehmen. Ambitionierte Investitionen in eine leistungsfähige Infrastruktur sollen auch die Anbindung mittlerer Betriebe an das Netz lohnenswert machen.

GESUND LEBEN IN SACHSEN-ANHALT!

Mehr Unterstützung bei Pflege und Erziehung

Pflege und Erziehung dürfen kein Armutsgrund sein. Daher fordert die ÖDP ein steuer- und sozialversicherungspflichtiges Betreuungsgehalt, das Eltern und Angehörigen bei der Erziehung bzw. Pflege die Wahlfreiheit zwischen Eigen- oder Fremdleistung gibt.

In Rücksichtnahme auf die demografische Veränderung der Gesellschaft fordert die ÖDP die Förderung alternativer Wohnformen, wie zum Beispiel Mehrgenerationenhäuser und Senioren-WGs.

Sport fördern

Sport hält gesund, ist ein Mittel zur gesellschaftlichen Teilhabe und ermöglicht soziale Kontakte und Integration.

Die ÖDP möchte den Breitensport – wie alle Teile der Breitenkultur - fördern, insbesondere im Hinblick auf sein soziales und ökologisches Potenzial.

Breitbandausbau und 5G

Die ÖDP sieht den Aufbau der 5G-Mobilfunktechnik wegen der höheren Strahlenbelastung kritisch und bindet die Einführung an Hinweise und Empfehlungen unabhängiger Untersuchungen.

5G darf kein Ersatz für den Breitbandausbau sein.

Gesundheitskompetenz ist Umweltschutz

Gesunderhaltung von Leib und Seele ist gelebter Ressourcenschutz – denn Medikamente belasten bereits in der Produktion aber auch bei der Ausscheidung (Abwasser) die Umwelt. Anstelle zunehmender Zivilisationskrankheiten, die oft genug mit aufwändigen und ressourcen-verbrauchenden Klinikaufenthalten und Medikationen einhergehen, sollte die Gesundheitskompetenz aller Bürger gefördert werden.

Bereits in der Schule sollten Kindern – neben den biologischen Grundlagen der Gesundheit – auch natürliche Heilungsressourcen vermittelt werden.

Dies sollte über alle Altersgruppen fortgeführt werden, in der Hebammenarbeit, der Elternarbeit, im betrieblichen Gesundheitsmanagement und bei der Seniorenbildung.

Komplementärmedizinische Studiengänge sollten sowohl im Medizinstudium also auch in andere heilmedizinische Ausbildungen implementiert werden.

In gleicher Weise sollte nachhaltige und gesunde Ernährung in allen Ebenen des gesellschaftlichen Lernens fest verankert und gefördert werden.

Inklusion als Selbstverständlichkeit

Im Selbstverständnis der ÖDP sind Menschen mit Behinderungen gleichwertige MitbürgerInnen, denen Zugang zu allen Lebensbereichen wie Bildung, Kultur und Arbeit ermöglicht werden muss.

Die ÖDP setzt sich dafür ein, dass dieses Selbstverständnis gesellschaftlicher Teilhabe auch politisch durchgesetzt wird.

Regionale Wirtschaft ohne Wachstumszwang!

Ressourcen sind endlich. Wachstum auch!

Die ÖDP ist die Partei des Postwachstumsgedankens. Wir sind davon überzeugt, dass unbegrenztes Wirtschaftswachstum, auch wenn es „grün“ angestrichen ist, nicht mit der Endlichkeit natürlicher Ressourcen vereinbar ist.

Daher fordern wir eine Ökonomie, die vorrangig den Menschen und nicht der Profitmaximierung dient.

Handwerk und mittelständiges Gewerbe sind die Anker dieser Wertschöpfung. Durch sie werden mehr Arbeitsplätze angeboten und Steuern gezahlt, als durch industrielle Großbetriebe. Daher sollen sie im Zentrum der Wirtschaftspolitik stehen. Unangepasste industrielle Großprojekte sind äußerst kritisch in Bezug auf die lokal gewachsenen Wirtschaftsstrukturen abzuwägen und dürfen nicht ohne einen ausreichend dimensionierten Gleisanschluss genehmigt werden.

Heimarbeit schont Ressourcen

Sachsen-Anhalt muss die Angebote von Heimarbeit verbessern. Wo es das berufliche Aufgabenfeld zulässt, spart das Arbeiten von zu Hause Ressourcen zum Beispiel durch nicht benötigte Bürogebäude und überflüssige Arbeitswege.

Über positive Anreize wie Fördergelder können Unternehmen angehalten werden, die notwendigen Voraussetzungen für Ihre MitarbeiterInnen zu schaffen.

Wirksamste Oppositionspartei!

Das Volksbegehren zum Erhalt der Artenvielfalt „Rettet die Bienen“ der ÖDP Bayern hat gezeigt, wie wirkungsstark auch eine außerparlamentarische Opposition sein kann: 1.745.383 Menschen haben für den Artenschutz unterschrieben, Rekord!

Das Volksbegehren veranschaulichte aber auch die große Bereitschaft, den drängenden Problemen der Gegenwart entgegenzutreten. Die ÖDP steht für eine sachorientierte Politik jenseits von Ideologien. Ganz nach dem Motto:

Nicht rechts, nicht links: In der Sache voraus!

Unsere Überzeugungen können wir glaubhaft vertreten, da die ÖDP seit ihrer Gründung keine Spenden von Unternehmen und Konzernen annimmt. Diese Konsequenz in gelebter Lobbyismuskritik ist einzigartig in Deutschland.